

Antrag Nr. 1

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 27. Mai 2025

Aus Verantwortung für den Sozialbereich: Einsparungen bei Förderungen kritisch hinterfragen

Die österreichische Budgetsituation ist aktuell problematisch. Das öffentliche Defizit betrug 2024 **4,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 22,5 Milliarden Euro**. Seitens der Bundesregierung wird daher dringend nach Einsparpotenzialen gesucht – insbesondere im Bereich öffentlicher Förderungen.

Der **Fiskalrat** forderte etwa im April 2025 öffentlichkeitswirksam die Überprüfung „*aller 2449 Förderungen*“. Laut ORF plant die Regierung, eine eigene Arbeitsgruppe dazu einzusetzen. Auch das **Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO** unterhält seit 7.2.2025 eine Forschungsgruppe mit dem Titel „Taskforce Wirtschaftsförderung“.

In der medialen Berichterstattung überwiegt dabei eine polemische Fokussierung auf Einzelfälle wie Trachtenvereine und Lärmschutzfenster. Kaum Beachtung findet dabei der Umstand, dass ein erheblicher Teil der öffentlichen Fördermittel in den **Gesundheits- und Sozialbereich** fließt – mit teils existenzieller Bedeutung sowohl für **Leistungsempfänger*innen als auch Beschäftigte** in diesen Bereichen.

Laut dem Förderungsbericht 2023 des Bundesministeriums für Finanzen beliefen sich die direkten Förderungen des Bundes auf € 11,3 Mrd. und die quantifizierbaren indirekten Förderungen (Steuererleichterungen) auf € 25,5 Mrd. Die Förderungen gemäß Transparenzdatenbank betragen € 11,7 Mrd.

Ein bedeutender Anteil dieser Fördermittel fließt in den Sozialbereich, einschließlich Pflege, Behindertenhilfe, Familienunterstützung und soziale Dienstleistungen. Diese sozialen Dienstleistungen sind einerseits essenziell für den sozialen Zusammenhalt und die Unterstützung benachteiligter Gruppen in unserer Gesellschaft. Außerdem sind Soziale Dienstleistungsunternehmen bedeutende Arbeitgeber mit tausenden Beschäftigten.

Demgegenüber stehen Förderungen für kulturelle oder traditionelle Vereine, die zwar öffentlich diskutiert werden, jedoch nur einen geringen Bruchteil des Gesamtfördervolumens ausmachen. Eine pauschale Kürzung von Fördermitteln hätte daher unverhältnismäßige Auswirkungen auf den Sozialbereich, während die Einsparungen in anderen Bereichen kaum ergiebig wären.

Die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich entschieden gegen pauschale Kürzungen von Fördermitteln im Sozialbereich aus und setzt sich für eine gerechte und sozial ausgewogene Förderpolitik ein, die den Bedürfnissen der Bevölkerung dient.

Im Hinblick auf geplante Einsparungen fordert sie, die Bundesregierung, die Länder und Gemeinden auf, eine differenzierte und transparente Überprüfung auf deren Auswirkungen auf soziale Dienstleistungen und vulnerable Bevölkerungsgruppen vorzunehmen.

Insbesondere fordert sie:

- **Eine detaillierte Analyse der geplanten Förderkürzungen hinsichtlich ihrer sozialen Auswirkungen.**
- **Die Sicherstellung, dass essenzielle soziale Dienstleistungen weiterhin ausreichend finanziert werden.**
- **Eine transparente Darstellung der Kriterien, nach denen Fördermittel eingespart werden.**

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------